

## ■ Zur Frage des NATO-Beitritts der Ukraine und Georgiens

Viktor Savinok

Die NATO als eine militärische Allianz ist dazu ins Leben gerufen worden, um die kollektive Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Das heißt aber, dass die Mitgliedstaaten laut Washingtoner Vertrag nicht nur in den Genuss einer Sicherheitsgarantien kommen, sondern auch zur Allianz beitragen müssen. Nicht nur im Sinne des bekannten 2-Prozent-Ziels, der Mitwirkung an Operationen usw., sondern auch im strategischen Sinne.



Wegen dauernder bewaffneter Konflikte zwischen Russland einerseits sowie der Ukraine und Georgien andererseits wäre ein NATO-Beitritt beider Länder aber eher problematisch für die Allianz. Sicherlich, die NATO könnte hierdurch theoretisch ihren Einfluss im Schwarzmeerraum erweitern und sichern. Andererseits bekäme das Bündnis zwei neue, innenpolitisch eher instabile Partner, zu deren Schutz die anderen Mitgliedstaaten auf Grund des Washingtoner Vertrags aber verpflichtet sein würden.



Redaktion:  
David Engels  
Justyna Schulz  
Stanisław Żerko

Nr. 2/2022  
31.1.22

Die „Kommentare aus dem  
Westinstitut“ sind auch  
verfügbar über :  
NEWSLETTER IZ  
FACEBOOK  
SCRIBD  
LINKEDIN  
TWITTER

Die „Kommentare“ geben  
nur die Meinung ihres  
Verfassers und nicht des  
Instituts wieder.

Für die Allianz bedeutet dies also eine direkte Auseinandersetzung mit der Russischen Föderation sowie die Notwendigkeit, eigene Streitkräfte im Rahmen von Kriegshandlungen einsetzen zu müssen. Das Letztere wäre weder in Washington noch in mehreren europäischen Hauptstädten besonders erwünscht.

Sollte aber innerhalb der Allianz der politische Wille vorhanden sein, die Unterstützung von Georgien und der Ukraine mit Blick auf die gegenwärtige Konzentration von russischen Streitkräften unweit der russisch-ukrainischen Grenze zu erweitern, hätte die NATO folgende Möglichkeiten des Vorgehens gegenüber beiden Ländern.

Erstens könnte die Allianz tatsächlich für beide Länder den Beginn von Verhandlungen mit Blick auf eine Gewährung der Aktionspläne für eine NATO-Mitgliedschaft (MAP) in Erwägung ziehen. Dies bedeutet nicht die automatische Gewährung der NATO-Mitgliedschaft. Außerdem können die Verhandlungen bezüglich des Aktionsplans lange dauern. Zum Beispiel nahm die Allianz die Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina im April 2008 auf; der Aktionsplan für den Staat wurde jedoch erst im Dezember 2018 beschlossen. Die Aufnahme von MAP-Verhandlungen sowie die Durchsetzung des Aktionsplans hängen in erster Linie vom implementierenden Staat ab, nicht von der Allianz. Das bedeutet, dass es keinen konkreten zeitlichen Rahmen dafür gibt. Dies wäre aber ein wichtiger symbolischer Schritt gegenüber der Ukraine und Georgien. Verhandlungsbeginn könnte dem beim NATO-Gipfel in Bukarest geschaffenen Provisorium mit Blick auf eine „zukünftige Einladung“ der Allianz an beide Länder ein Ende setzen und wäre ein Zeichen dafür, dass die NATO den gemachten Zusagen getreu bleibt. Dadurch könnte man auch die Auseinandersetzung zwischen ost- und westeuropäischen NATO-Mitgliedstaaten weniger problematisch gestalten. Zudem könnte die Aufnahme von MAP-Verhandlungen die demokratischen Veränderungen sowie die Durchsetzung von Interoperabilitätsstandards in diesen Staaten beschleunigen, weil sich der Druck seitens EU oder NATO bereits in der Vergangenheit als effizienter Stimulus für Reformen in den genannten Ländern erwies. Dieser Schritt bedarf jedoch eines Konsensus innerhalb der Allianz. Zudem sollte man beim Treffen solcher Entscheidung mit Konsequenzen seitens Russlands rechnen.

Zweitens könnte die Allianz auch andere Vorgehensweisen zwecks Unterstützung der Ukraine und Georgiens wählen, ohne die Frage der MAP-Verhandlungen auf die Tagesordnung zu setzen. Unter anderem könnten die existierenden nationalen Jahresprogramme der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten und der NATO ambitionierter gestaltet werden, unter anderem im Einklang mit dem „mehr für mehr“ Prinzip. Auch hierdurch wird das wichtige Ziel einer Erweiterung der Interoperabilität zwischen NATO-Streitkräften sowie der Ukraine und Georgien erreicht werden. Dafür könnte man eine Beratungsmission in beide Länder entsenden, die Militärpräsenz im Schwarzen Meer stärken sowie die Zahl und Aufgaben der geplanten Militärübungen steigern. Mit Blick auf diese Ziele könnte die Allianz auch die Anzahl, die Aufgaben und das Ausmaß von existierenden

Treuhandfonds erweitern. Zudem wäre eine Aufnahme von Konsultationen zur Lieferung von Verteidigungswaffen an beide Länder durch NATO-Mechanismen möglich. In diesem Zusammenhang wäre auch die Aufhebung von informellen Blockaden bezüglich von Waffenlieferungen an die Ukraine und Georgien nötig, die durch NATO-Mechanismen erfolgen. Diese Maßnahmen würden im Endeffekt nicht nur als Zeichen der Unterstützung dienen, sondern auch zur Stärkung der Selbstverteidigungskapazitäten beider Länder beitragen.

Drittens könnten auch die einzelnen NATO-Mitgliedstaaten, insbesondere jene, welche die Waffen produzieren, die die Ukraine oder Georgien zur Stärkung ihrer Resilienz brauchen, die Waffenlieferungen an beide Staaten auch im bilateralen Format unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen finanziellen Kapazitäten organisieren und gegebenenfalls erweitern. Dafür wäre aber auch die Mitwirkung der zuständigen ukrainischen bzw. georgischen Behörden nötig, um eventuelle Waffenlieferungen möglichst effizient zu gestalten und an lokale Bedürfnisse anzupassen. Zudem könnte man in diesen Rahmen auch die Erweiterung des Zugangs zu Technologien im Verteidigungssektor in Erwägung ziehen, insbesondere für die Ukraine, die über eigene Kapazitäten im Bereich der Waffenproduktion verfügt, die aber erstens den lokalen Bedarf an verschiedenen Waffenarten nicht decken und zweitens einer technischen Modernisierung bedürfen.

Alle erwähnten Optionen implizieren, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens nicht in absehbarer Zukunft liegen muss, trotzdem aber eine enge Zusammenarbeit möglich ist. Durch solche Maßnahmen würde die gesamte Allianz wichtige Zeichen der Unterstützung für seine osteuropäischen Partner mit Blick auf russische Provokationen setzen. Gleichzeitig könnten die Verteidigungskapazitäten Georgiens und der Ukraine wesentlich gestärkt werden. Und schließlich würden die NATO-Mitgliedstaaten die Notwendigkeit vermeiden, ihre eigenen Streitkräfte im Rahmen von Kriegshandlungen einsetzen zu müssen.

Illustration: Flaggen vor dem NATO-Hauptquartier in Brüssel und die Skulptur mit dem NATO-Emblem.

([https://de.wikipedia.org/wiki/NATO#/media/Datei:160211-D-DT527-007\\_NATO\\_country\\_flags\\_wave\\_at\\_the\\_entrance\\_of\\_NATO\\_headquarters\\_in\\_Brussels\\_2016.JPG](https://de.wikipedia.org/wiki/NATO#/media/Datei:160211-D-DT527-007_NATO_country_flags_wave_at_the_entrance_of_NATO_headquarters_in_Brussels_2016.JPG)).